

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 137 (1971)
Heft: 7

Rubrik: Ausländische Armeen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ausländische Armeen

NATO

Die Aufnahme von Verhandlungen über einen beidseitigen «ausgewogenen» Truppenabbau in Europa ist nach Ansicht der amerikanischen Regierung, wie aus Washington verlautete, keine zweiseitige Angelegenheit der USA und der UdSSR, sondern geht in erster Linie die NATO und den Warschauer Pakt an. Im westlichen Lager komme daher die Entscheidung über die Aufnahme derartiger Verhandlungen allein der NATO zu, und die USA würden gemeinsam mit ihren europäischen Verbündeten handeln. Damit traten amerikanische Regierungsbeamte Berichten aus Moskau entgegen, wonach die Regierungen der USA und der Sowjetunion bereits eine «grundsätzliche Entscheidung» über die Aufnahme von Verhandlungen zur Verdünnung der ausländischen Truppen in Europa getroffen hätten.

Am 17. Mai gingen im Mittelmeer unter Beteiligung von Marinestreitkräften der USA, Großbritanniens, Italiens, der Türkei und Griechenlands die alljährlichen Flottenmanöver der NATO unter dem Decknamen «Dawn patrol» zu Ende. Dabei gelangten unter anderem die Flugzeugträger «Forrestal» und «Roosevelt» zum Einsatz. – Im Mai fanden sodann vor den Küsten Portugals Manöver der NATO statt, an denen sich amerikanische, britische, kanadische, belgische, westdeutsche, niederländische und portugiesische Marine- und Luftwaffeneinheiten beteiligten. Den Oberbefehl führten gemeinsam ein amerikanischer und ein britischer Admiral. Diese Manöver standen im Rahmen der Bemühungen, «die Verteidigungskapazität Westeuropas zu steigern», wie aus Lissabon verlautete.

Am 11. Mai erörterten die nationalen Stabschefs der NATO in Brüssel im Rahmen des Militärausschusses Probleme der Verteidigung in den siebziger Jahren sowie Fragen des Fernmeldesystems. Erstmals leitete der neue Vorsitzende, der frühere Inspektor der westdeutschen Luftwaffe, General Steinhoff, die Verhandlungen. Anschließend beteiligte sich der Ausschuss an der NATO-Stabsübung «Shapex», die jedes Jahr rund 400 Generäle und Admirale aus allen NATO-Ländern zusammenführt. z

Bundesrepublik Deutschland

In der bekannten Münchner Maschinenfabrik Krauß-Maffei AG flog eine Spionageaffäre auf, nachdem entdeckt worden war, daß ein dreißigjähriger Arbeiter dem Ostberliner Ministerium für Staatssicherheit Informationen über den «Leopard»-Panzer der deutschen Bundeswehr lieferte. Ostberlin soll an verschiedenen Einzelheiten dieses Panzers «stark interessiert» gewesen sein. Der «Leopard»-Panzer ist mit einem Gefechtsgegewicht von 39 t, einem Motor von 820 PS und einer Höchstgeschwindigkeit von 70 km/h das schnellste Fahrzeug seiner Klasse. Seine 105-mm-Kanone stammt aus England. Die Bundeswehr wird etwa 1800 Panzer dieses Typs kaufen, für den

sich auch zahlreiche andere Länder der NATO interessieren.

Die Bundesrepublik und die Niederlande werden künftig Truppenteile, besonders aus Heeresverbänden, bis zur Stärke von Kompanien austauschen. Noch in diesem Jahr sollen 1 Kompanie und 4 Züge aus dem niederländischen 1. Korps für jeweils 4 Wochen Dienst bei Verbänden des 1. Korps der deutschen Bundeswehr leisten. Zur gleichen Zeit werden die entsprechenden Truppenteile des im Westen der Bundesrepublik stationierten 1. Korps in die Kasernen ihres niederländischen Schwesterverbandes dislozieren. Dieser Austausch geht auf eine Vereinbarung des niederländischen Verteidigungsministers Toom und seines deutschen Kollegen Schmidt zurück. Wie dazu im westdeutschen Verteidigungsministerium erklärt wurde, soll dieser Truppenaustausch über die persönlichen Kontakte hinaus Gelegenheit bieten, Ausbildungsmethoden zu vergleichen, Erfahrungen auszutauschen sowie bei Gefechtsübungen die Zusammenarbeit mit dem NATO-Partner praktisch zu üben. z

Frankreich

Die französischen Dassault-Flugzeugwerke hoben am 8. Mai einen neuen Typ ihrer bekannten «Mirage»-Serie aus der Taufe. Der Prototyp des «Mirage G8» unternahm vom Flugzeugstützpunkt Istres bei Marseille aus einen erfolgreichen, etwa einstündigen Probeflug. Beim «Mirage G8» handelt es sich um ein Schwenkflügelflugzeug mit zwei Triebwerken. z

Spanien

Die spanische Regierung hat den Cortes zum zweitenmal einen Gesetzentwurf zugeleitet, welcher der Wehrdienstverweigerung aus religiösen Gründen in Friedenszeiten gilt. Ein erster entsprechender Gesetzentwurf war im Juli 1970 vom Verteidigungsausschuß des Parlamentes abgelehnt worden. Nach der neuen Gesetzesvorlage hätten Wehrdienstverweigerer aus religiösen Gründen einen Ersatzdienst zu leisten, der doppelt so lange wie die Militärdienstzeit dauern würde. z

Vereinigte Staaten

Im Rahmen der SALT-Verhandlungen sind sich die USA und die Sowjetunion einigermaßen überraschend darüber einig geworden, ihre Bemühungen um eine Begrenzung des strategischen Wettrüstens in diesem Jahre auf ein Abkommen über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme zu konzentrieren, wie am 20. Mai gleichzeitig in Washington und Moskau bekanntgegeben wurde. Wie Präsident Nixon dazu mitteilte, sollten zusammen mit dem angestrebten Abkommen «bestimmte Maßnahmen» zur Beschränkung auch der strategischen Offensivwaffen vereinbart werden, um auf diese Weise günstige Voraussetzungen für Vereinbarungen zur Begrenzung aller strategischen Waffen zu schaffen. Präsident Nixon wies allerdings darauf hin, daß noch eingehende Verhandlungen nötig sein werden, bevor die neue «prozedurale Grundsatzab-

sprache» in ein konkretes Verhandlungsergebnis umgesetzt werden könne. – Es scheint, daß die Sowjetunion heute an einer Rüstungsbeschränkung deshalb mehr Interesse hat, weil sie sich gezwungen sieht, große Anstrengungen auf dem zivilen Sektor zu unternehmen, um dem Verlangen des Volkes nach Verbesserung des allgemeinen Lebensstandards entgegenzukommen.

Wie das amerikanische Verteidigungsministerium mitteilte, verzichtet es «vorderhand» auf den Bau eines neuen 95 000-t-Flugzeugträgers mit Nuklearantrieb, der auf etwa 640 Millionen Dollar zu stehen gekommen wäre. Das Pentagon habe sich zu diesem vorläufigen Verzicht angesichts der Budgetschwierigkeiten und des Vorrangs anderer Waffentypen durchgerungen, verlautete aus Washington.

Im laufenden Jahre werden in den USA nach Angaben von Verteidigungsminister Laird nur 140 000 junge Bürger wehrpflichtig, 25 000 Mann weniger als 1970. Dieser Rückgang in der Rekrutierung wird auf das verminderte Engagement in Vietnam zurückgeführt.

Die amerikanische Atomenergiekommission hat ihre Zustimmung für die Wiederaufnahme unterirdischer Nuklearversuche in der Wüste von Nevada gegeben, nachdem verschärfte Vorichtsmaßnahmen angeordnet worden waren.

Wie die «New York Times» unter Berufung auf amerikanische Beamte und diplomatische Kreise meldeten, habe es ein geheimes sogenanntes «Transitabkommen» Washingtons mit der japanischen Regierung jahrelang ermöglicht, daß mit Kernwaffen bestückte US-Kriegsschiffe und atomgetriebene U-Boote japanische Häfen anlaufen konnten. US-Flugzeuge mit Atombomben an Bord hätten bei Aufklärungs- und Trainingsflügen sowie im Notfall in Japan landen können. Das Abkommen sei deshalb geheimgehalten worden, weil die japanische Bevölkerung auf das Kernwaffenproblem besonders allergisch reagiere. Das US-Staatsdepartement und die japanische Botschaft in Washington sowie das japanische Außenministerium haben das Bestehen eines derartigen Abkommens «dementiert».

Wie eine Untersuchungskommission des Unterausschusses für die Streitkräfte im US-Repräsentantenhaus nach achtmonatigen Studien und einer siebzehntägigen Inspektionsreise durch amerikanische Militäreinrichtungen in Südostasien feststellte, hat mehr als die Hälfte der 2,9 Millionen amerikanischen Soldaten Rauschgifte «versucht». Die bevorzugte Droge war dabei Marihuana. In Vietnam sei gegen den Gebrauch verbotener Drogen praktisch nichts unternommen worden; Rauschgifte seien dort reichhaltiger vorhanden als Zigaretten oder Kaugummi. 41 % der in Vietnam stationierten US-Soldaten rauchen laut dem Bericht Marihuana, während etwa 14 % Opiate benutzten, davon 7 % wöchentlich und 3 % täglich.

Der amerikanische Senat hat am 19. Mai mit 61 gegen 36 Stimmen nach rund elfstündiger Debatte den Zusatzantrag des demokratischen Fraktionsführers Mike Mansfield (Montana) zum neuen Ausbebungsgesetz, nach dem die amerikanischen Truppen in Europa bis Ende dieses Jahres von 300 000 auf 150 000 Mann herabgesetzt werden sollten, klar verworfen. Präsident Nixon, der den europäischen NATO-Verbündeten den unveränderten Fortbestand der amerikanischen Truppenpräsenz bis zum Ende seiner Amtszeit (anfangs 1973) zugesichert

hatte, konnte seinen Standpunkt nach einer machtvollen Gegenoffensive durchsetzen. Zuvor hatte der Senat auch verschiedene mildere Ersatzanträge verworfen, unter anderem mit 73:24 Stimmen einen Vorschlag, der die Aufnahme von Verhandlungen zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt über einen Truppenabbau in Europa verlangte. Auch ein Zusatzantrag, der den Abbau der amerikanischen Truppen in Europa auf 150 000 Mann bis Ende 1972 verzögert hätte, dies aber von einer vermehrten Kostenbeteiligung der europäischen NATO-Verbündeten abhängig gemacht hätte, wurde abgelehnt. – Mit der Ablehnung des Antrages Mansfield bleibt indes das Problem der Stationierungskosten für rund 300 000 Amerikaner weiter bestehen. Vermutlich wird Washington auf die europäischen Regierungen einen Druck ausüben, damit sie sich fortan in größerem Ausmaß als bisher an den Unterhaltskosten für die US-Truppen auf ihrem Gebiet beteiligen. Ein westdeutscher Regierungssprecher drückte die Befriedigung Bonns über den amerikanischen Senatsbeschluß aus und betonte, die Anwesenheit amerikanischer Streitkräfte in ausreichender Stärke sei ein wesentliches Element für das Ziel der NATO, ein stabiles Kräfteverhältnis in Europa zu gewährleisten.

In der Nachkriegszeit betrug die amerikanische Truppenstärke in der Bundesrepublik zunächst 100 000 Mann, die britische und französische je etwa 70 000; um die Mitte der fünfziger Jahre standen dann 260 000 Amerikaner und je 100 000 Briten und Franzosen auf deutschem Boden. Später fluktuierte die amerikanische Truppenstärke zwischen 200 000 und 250 000 Mann. Auf dem Höhepunkt der Berlinkrise (1961) erreichte sie mit 280 000 Mann ihren Höchststand.

Nach Angaben des im Mai zurückgetretenen amerikanischen Staatssekretärs für Heeresangelegenheiten im Verteidigungsministerium, Resor, sind bis Mitte Mai 70% der in Südvietnam stationierten amerikanischen Kampftruppen zurückgezogen worden. Der Einsatz der amerikanischen Bodentruppen gehe dem Ende entgegen. Während bei Präsident Nixons Amtsantritt in Südvietnam noch 500 000 amerikanische Armeeinghörige stationiert waren, dürften es bis zum Jahresende 1971 nur noch 180 000 sein. Am 1. Mai begann die siebente Phase des von Nixon angeordneten Abzugs, in deren Rahmen bis zum 30. Juni insgesamt 29 300 Mann in die USA zurückgebracht werden.

Der seit mehr als 10 Jahren dauernde Krieg in Indochina brachte den Amerikanern die größten Verluste nach den beiden Weltkriegen. Nach Angaben von militärischer Seite in Saigon stieg das Total der amerikanischen Gefallenen in Südostasien Ende April auf über 45 000 Mann. Im Koreakrieg hatten die Amerikaner 113 711 Mann weniger und im ganzen ersten Weltkrieg 8513 Mann mehr an Gefallenen verloren. Die Zahl der in Indochina Verwundeten (298 000) liegt weit über der Zahl des ersten Weltkrieges (204 002) und ist mehr als doppelt so hoch wie die Zahl der Verwundeten im Koreakrieg (103 284).

Sowjetunion

Noch Ende April hatte der amerikanische Verteidigungsminister Laird mitgeteilt, daß die Sowjetunion daran sei, ihr Raketenabwehr-

system zu erweitern. Die USA-Regierung werde unter diesen Umständen den Kongreß möglicherweise um die Bewilligung zusätzlicher Mittel für die Verstärkung der amerikanischen «Minuteman»-Raketenstreitmacht ersuchen. Gleichzeitig hoffe die Regierung jedoch auf einen Erfolg der amerikanisch-sowjetischen Gespräche über eine Begrenzung der Raketenrüstung, der sich nun inzwischen offensichtlich abgezeichnet hat (siehe den Bericht unter Vereinigte Staaten). Nach Laird war damals die Arbeit an vier Baustellen des sowjetischen Raketenabwehrsystems rings um Moskau eingestellt worden, doch lägen Anzeichen dafür vor, daß mit dem Aufbau von bis zu vier neuen Abschubrampen für Abwehrraketen des im Westen unter Bezeichnung «Galosh» bekannten Systems oder eines Nachfolgesystems begonnen worden sei. Jede dieser Abschubrampen soll mit 16 Raketen bestückt sein.

Die Flagge der sowjetischen Kriegsmarine taucht immer häufiger im Indischen Ozean, im Pazifik und im südchinesischen Meer auf. Nach einer Quelle in Hongkong operieren seit geraumer Zeit zwischen Aden und Singapur sowie weiter östlich in der südchinesischen See und im Pazifik mindestens 15 Einheiten der sowjetischen Asienflotte, darunter Kreuzer und Zerstörer mit Lenkwaffen, ferner U-Boote, Landungsschiffe und schwimmende Radaranlagen. Noch größer sei die Anzahl der russischen Schiffe, die, als «Fischereifahrzeuge» getarnt, der maritimen Spionage dienen. Die sowjetische Flottenführung verfügt bereits über feste Stützpunkte im Golf von Aden, in Somalia und auf der zur Volksrepublik Süd-jemen gehörenden Insel Socotra. Die Sowjets haben ferner «Fischereirechte» auf der früher zu Großbritannien gehörenden Insel Mauritius erworben. Auch in Singapur ankern immer häufiger sowjetische Versorgungsschiffe, deren Heimathafen Wladiwostok, das Hauptquartier der sowjetischen Pazifikflotte, ist.

Die russische Orbitalstation «Saljut», die am 19. April in eine Erdumlaufbahn geschossen wurde, besitzt einen bewohnbaren Raum von etwa 36 bis 38 m³, das Vierfache des Raumschiffes «Sojus». «Saljut» verfügt über vier Kopplungstrichter. Die Mission des am 23. April gestarteten «Sojus 10» bestand darin, an Ort und Stelle die im Laufe des Fluges der Raumstation «Saljut» festgestellten Unregelmäßigkeiten zu kontrollieren sowie ein neues System der an Bord von «Sojus 10» installierten Funkübermittlungsgeräte zu testen. Das mit drei Kosmonauten besetzte Raumschiff «Sojus 10» führte nach russischen Angaben mit der unbemannten Weltraumstation «Saljut» verschiedene Experimente durch. Beim Kopplungsmanöver zwischen «Sojus 10» und der Raumstation «Saljut» soll eine neue Anlagentechnik ausprobiert worden sein, wozu Kosmonautenchef Professor Feoktistow erklärte, bei der künftigen Bedienung der Orbitalstationen gehe es darum, ein verhältnismäßig kleines Transportschiff an ein großes fliegendes «Mehrzwecklaboratorium» anzukoppeln. Die neue Dockingtechnik habe ausprobiert werden müssen, damit in Zukunft Besatzungen ausgetauscht oder Treibstoff, Nahrungsmittel, Wasser und Instrumente herangeschafft werden können.

Solche Operationen können zu gegebener Zeit zweifellos weltstrategische Bedeutung erlangen.

Israel

Wie der israelische Generalstabschef Bar-Lev erklärte, ist die israelische Armee gegenwärtig «so stark wie noch nie zuvor», wofür er als Gründe die Waffenhilfe seitens der USA, die Erwerbung neuer technologischer und operationeller Kenntnisse sowie die durch den Waffenstillstand ermöglichte Festigung der israelischen Stellungen erwähnte.

Die sowjetische Radarstation für ferngelenkte Raketen, welche die Israelis in einem aufsehenerregenden Handstreich im Jahre 1969 aus Ägypten herausholten, ist nach Angaben des amerikanischen Magazins «Newsweek» den USA übergeben worden und befindet sich zur Zeit im Luftfahrtforschungsinstitut von Rom im amerikanischen Bundesstaat New York.

Libyen

Nach einer israelischen Information hat Frankreich Mitte Mai 4 «Mirage»-Düsenjäger an Libyen bereits geliefert, während 8 weitere «Mirage» zum Überflug bereitstanden. Nach der gleichen Quelle will Frankreich bis Ende 1973 jede Woche 3 oder 4 Düsenflugzeuge an Libyen liefern.

An einer Pressekonferenz in Tripolis betonte der libysche Wirtschaftsminister Dschallud, die von Frankreich gelieferten «Mirage»-Kampfflugzeuge würden im Ernstfall ausschließlich «zur Verteidigung des libyschen Staatsgebietes» eingesetzt werden, und er hoffe, daß 100 Maschinen hierfür genügen. Libyen werde niemals mehr ausländische Stützpunkte auf seinem Territorium dulden und auch nicht die bisherigen westlichen Basen etwa durch andere ersetzen. Das Mittelmeer müsse ein Meer des Friedens sein und dürfe nicht zum Ort des Kampfes zwischen der amerikanischen 6. Flotte und den sowjetischen Seestreitkräften werden.

International

204 Milliarden Dollar für Weltaufrüstung

Nach einer Feststellung des amerikanischen Bundesamtes für Waffenkontrolle und Abrüstung wurden für die militärische Aufrüstung in allen Ländern der Welt im Jahre 1970 rund 204 Milliarden Dollar ausgegeben, wobei die inflationsbedingte Kostensteigerung mit einberechnet sei. 1969 betrugen die Gesamtausgaben für die militärische Aufrüstung 199 Milliarden Dollar. In den sogenannten Entwicklungsländern entsprach die Zunahme der Militärausgaben seit 1964 dem Gegenwert von 3 Jahren Ausgaben für Erziehung und Schulunterricht von 1 Milliarde Kindern im schulpflichtigen Alter in diesen Ländern. Die Militärausgaben der NATO nahmen nach dem rapiden Anstieg zwischen 1965 und 1968 wieder ab und betrugen heute etwa 103 Milliarden Dollar im Jahr, während die Militärausgaben der Warschauer-Pakt-Staaten eine starke Aufwärtstendenz zeigten und mit jährlich 71 Milliarden Dollar angegeben werden. Ungefähr 90% der Militärausgaben der Welt entfallen auf die sogenannten entwickelten Länder.